



**Antrag auf Gewährung einer Hilfe
für Träger der Kinder- und Jugendhilfe mit Beherbergungsbetrieb
zur Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit
aufgrund der
Corona-Pandemie**

1.	Angaben zum Antragsteller <i>Antragsberechtigt sind Träger der Kinder- und Jugendhilfe, die einen Beherbergungsbetrieb führen und nach dem 11. März 2020 infolge der in der Corona-Bekämpfungsverordnung angeordneten Maßnahmen in wirtschaftliche Notlage geraten sind.</i>
1.1	Träger der Maßnahme
	Name
	vertreten durch
	Straße, Hausnummer
	PLZ, Ort
	Telefon / Telefax
	E-Mail-Adresse
	Steuer-ID
1.2	Durchführende Einrichtung
	Name
	Ansprechperson
	Straße, Hausnummer
	PLZ, Ort
	Telefon / Telefax
	E-Mail-Adresse
1.3	Bankverbindung
	Kontoinhaber*in:
	IBAN:
	BIC:
	Kreditinstitut:

1.4	Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII	
	Ja	<input type="checkbox"/>
	Nein	<input type="checkbox"/>
1.5	Die Einrichtung gehört zum Bereich:	
	Familienferienstätten	<input type="checkbox"/>
	Jugendherbergen	<input type="checkbox"/>
	Jugendbildungsstätten mit Übernachtungsangebot	<input type="checkbox"/>
	Einrichtungen des Jugendwohnens mit Übernachtungsangebot nach § 13 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
	Naturfreundehäuser mit Übernachtungsangebot	<input type="checkbox"/>
	Wanderheime mit Übernachtungsangebot	<input type="checkbox"/>
	Jugendzeltplätze	<input type="checkbox"/>
2.	Gründe für den existenzbedrohlichen Liquiditätsengpass	
	<p>Bedingung für die Gewährung der Billigkeitsleistung ist ein durch die Corona-Pandemie verursachter Liquiditätsengpass, der zu einer Existenzgefährdung in Form einer drohenden Zahlungsunfähigkeit führen könnte.</p> <p>Bitte stellen Sie kurz die Situation der Einrichtung in der Corona-Krise und die Gründe für die dadurch bedingte drohende Zahlungsunfähigkeit dar.</p>	
3.	Maßnahmen zur Reduzierung des existenzbedrohlichen Liquiditätsengpasses	
	<p>Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um den durch die Corona-Pandemie entstandenen Schaden so gering wie möglich zu halten? Zum Beispiel durch Freistellung von derzeit nicht benötigtem Personal, Vereinbarung von Kurzarbeit, Verschiebung nicht notwendiger Ausgaben etc. (kurze Erläuterung unter Angabe der eingesparten Beträge in Euro):</p>	

4.	Darstellung der geplanten und aktuellen Einnahmen und Ausgaben im Zeitraum 01.04. bis 30.06.2020 und Höhe der beantragten Leistung		
4.1	Geben Sie bitte zunächst die <u>geplanten Einnahmen</u> und die <u>aktuell realisierbaren Einnahmen</u> für den Zeitraum 01.04.2020 bis 30.06.2020 an (alle Angaben in Euro). <i>Hinweis: Die Angabe von Schätzwerten ist möglich.</i>		
	Kategorie	Geplante Einnahmen vor der Corona-Krise	Aktuell realisierbare Einnahmen
	Übernachtung/ Raumvermietung		
	Teilnehmerbeiträge		
	Leistungen Dritter (z.B. Versicherung, Fördermaßnahmen)		
	Spenden		
	Kurzarbeitergeld		
	Sonstiges (ggf. erläutern)		
	Summe		
4.2	Bitte beziffern Sie nun die Höhe der <u>geplanten notwendigen Ausgaben</u> und der <u>aktuell erwarteten (unabweisbaren) Ausgaben zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur sowie der rechtlich bindenden Ausgaben</u> für den Zeitraum 01.04.2020 bis 30.06.2020 (alle Angaben in Euro). <i>Hinweis: Die Angabe von Schätzwerten ist möglich.</i>		
	Kategorie	Geplante Ausgaben vor der Corona-Krise	Aktuell erwartete Ausgaben
	(notwendige) Personalkosten		
	(notwendige) Betriebskosten (z.B. Miet- bzw. Pachtkosten, Nebenkosten wie Wasser, Strom etc.)		
	Unabwendbare Instandhaltungen		

	Ausgaben aufgrund von Zahlungsverpflichtungen aus bereits vor der Pandemie in Auftrag gegebener und durch die Pandemie nicht durchgeführter Projekte, Vorhaben und Veranstaltungen (z. B. Stornierungskosten, Erfüllung bestehender Verträge)		
	Kosten für Kredite und Darlehen für bereits vor der Pandemie getätigte Investitionen		
	Kosten für Kredite und Darlehen, die zur Abwendung der Folgen der Pandemie nach dem 16. März 2020 aufgenommen wurden.		
	Sonstige laufende Kosten		
	Summe		
4.3	<p>Bitte geben Sie <u>die Höhe liquider Mittel und freier Rücklagen zum 11. März 2020</u> an (alle Angaben in Euro).</p> <p>Geben Sie zusätzlich an, ob und ggf. in welcher Höhe Sie <u>zweckgebundene Rücklagen zum 11. März 2020</u> haben und ob diese in Kürze für unabwiesbare Maßnahmen benötigt werden. Falls letzteres zutrifft, begründen Sie bitte die Dringlichkeit und Unabweisbarkeit der Maßnahme.</p>		
	Höhe liquider Mittel		
	Höhe freier Rücklagen		
	Summe		
	Höhe zweckgebundener Rücklagen		
	Begründung für die Dringlichkeit und Unabweisbarkeit der Maßnahme, für die die zweckgebundene Rücklage benötigt wird		

4.4	Geben Sie die <u>Unterdeckung auf Basis der oben errechneten Summen</u> an (alle Angaben in Euro).	
	Summe aktuell realisierbarer Einnahmen	
	zzgl. Summe liquider Mittel und freier Rücklagen	
	abzgl. Summe aktuell erwarteter Ausgaben	
	Ergebnis (Unterdeckung)	
4.5	Höhe der <u>beantragten Billigkeitsleistung</u> (in Euro)	
	Ich beantrage hiermit eine Billigkeitsleistung in Höhe von:	
5.	Weitere Anträge	
	<p><i>Die Hilfen werden nur gewährt, soweit für den betreffenden Schadensfall keine anderen Förderungen oder Hilfen in Anspruch genommen werden können, welche die gleichen Schäden wie diese Regelung ausgleichen, und keine anderen Ansprüche auf Schadensausgleich bestehen. Im Rahmen des "Schutzschild für Vereine in Not: Hilfsprogramm für Vereine zur Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit aufgrund der Corona-Pandemie" erhaltene Soforthilfen schließen eine Hilfe im Rahmen dieses Programmes nicht aus, die erhaltene Soforthilfe für Vereine wird aber als Einnahme bei der Ermittlung des Bedarfes berücksichtigt.</i></p> <p>Es wurden bereits folgende <u>weitere öffentliche Finanzhilfen</u> (ggf. auch aus anderen Bundesländern) beantragt und ggf. bewilligt:</p>	
5.1	Name Förderinstrument	
	Status (Beantragt / Bewilligt)	
	Höhe der Förderung (in Euro)	
5.2	Name Förderinstrument	
	Status (Beantragt / Bewilligt)	
	Höhe der Förderung (in Euro)	
5.3	Wenn weitere öffentliche Finanzhilfen beantragt/bewilligt sind, diese bitte separat (gemäß der Gliederung zuvor) beifügen.	

6.	Sonstige Erklärungen des Antragstellers (bitte jeweils ankreuzen, falls zutreffend)	
	Bitte beachten Sie, dass Ihr Antrag nur bearbeitet werden kann, wenn Sie alle Punkte angekreuzt haben.	
6.1	Ich versichere, dass der existenzbedrohende Liquiditätsengpass eine Folgewirkung der Corona-Virus-Pandemie vom Frühjahr 2020 und nach dem 11. März 2020 entstanden ist.	<input type="checkbox"/>
6.2	Ich nehme davon Kenntnis, dass kein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Soforthilfe in Form einer Billigkeitsleistung besteht.	<input type="checkbox"/>
6.3	Ich bestätige, dass ich der Bewilligungsstelle und sonstigen am Bewilligungs- und Prüfverfahren beteiligten Stellen und Behörden auf Verlangen die zur Aufklärung des Sachverhalts und zur Bearbeitung meines Antrags erforderlichen Unterlagen und Informationen unverzüglich zur Verfügung stelle.	<input type="checkbox"/>
6.4	Den unten angeführten datenschutzrechtlichen Bestimmungen stimme ich zu.	<input type="checkbox"/>
6.5	Mir ist bekannt, dass es sich bei den Angaben zu Ziffer 1. sowie 2. bis 9. um subventionserhebliche Tatsachen i. S. d. § 264 des Strafgesetzbuchs i. V. m. § 2 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) und § 1 des Landessubventionsgesetzes vom 7. Juni 1977 (GVBl. S. 168) handelt. Mir ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.	<input type="checkbox"/>
6.6	Einer etwaigen nachträglichen Überprüfung durch die Finanzämter, den Rechnungshof Rheinland-Pfalz oder das für meinen Antrag fachlich zuständige rheinland-pfälzische Ministerium stimme ich zu.	<input type="checkbox"/>
6.7	Ich erkläre, dass ich die „Richtlinie zur Durchführung des Hilfsprogramms für Träger der Kinder- und Jugendhilfe mit Behebungsbetrieb zur Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit aufgrund der Corona-Pandemie“ und insbesondere die Vorrangigkeit bestehender Wirtschaftshilfen (siehe Hinweis bei Punkt 5) beachtet habe.	<input type="checkbox"/>

6.8	Sollte ich weitere öffentliche Finanzhilfen oder private Leistungen aus Versicherungen, Spenden o.ä. zur Beseitigung der Folgen der Corona-Virus-Pandemie erhalten, werde ich die für meinen Antrag zuständige Bewilligungsstelle unverzüglich darüber informieren. Mir ist bekannt, dass ich im Falle einer Überkompensation durch weitere öffentliche Finanzhilfen oder durch sonstige Entschädigungs- und/oder Versicherungsleistungen die erhaltene Billigkeitsleistung des Landes in Höhe der Überzahlung verzinst zurückerstatten muss.	<input type="checkbox"/>
6.9	Der Aufhebung des Steuer- (§ 30 AO) und des Bankgeheimnisses (§ 38 BWG) stimme ich zu.	<input type="checkbox"/>
6.10	Ich versichere an Eides statt, dass ich alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheitsgetreu gemacht habe.	<input type="checkbox"/>
7.	Beizufügende Unterlagen	
	<ul style="list-style-type: none"> – Satzung des Vereins bzw. der Organisation – Jahresabschluss 2019 (sofern vorliegend, wie von der Mitgliederversammlung mit Entlastung des Vorstands und ggf. der Geschäftsführung angenommen) oder ersatzweise der Jahresabschluss 2018 und der (noch unbestätigte) Jahresabschluss 2019 – Finanzplanung 2020 (geplante Einnahmen und Ausgaben wie beschlossen) 	

Den Antrag und alle Anlagen zum Antrag richten Sie bitte digital an:
corona.kjh.beherbergung@add.rlp.de.

Das Original ist der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) postalisch an folgende Anschrift zuzusenden:

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Abteilung 2/Referat 24
Willy-Brandt-Platz 3
54290 Trier

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der für den Träger vertretungsberechtigten Person(en)	
Ort, Datum _____	(Stempel)
Unterschrift(en) _____	

Datenschutzerklärung

Im Rahmen der Antragstellung und -bearbeitung werden personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet. Die Datenverarbeitung erfolgt nur im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags.

Detaillierte Informationen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte gemäß Art. 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) finden Sie in den datenschutzrechtlichen Regelungen der ADD:

(<https://add.rlp.de/de/ueber-die-add/datenschutz>).

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), vertreten durch den Präsidenten
Willy-Brandt-Platz 3 54290 Trier Telefon: (0651) 9494-0 E-Mail: poststelle@add.rlp.de www.add.rlp.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten: Datenschutz@add.rlp.de

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen und weiteren Daten ist weder gesetzlich noch vertraglich vorgeschrieben. Eine Nichtbereitstellung hat jedoch in der Regel einen Ausschluss aus der Förderung zur Folge, da die Daten für die Berechnung der Beihilfen und für Plausibilitätsprüfungen benötigt werden.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die aus den Antragsunterlagen und der Förderung sich ergebenden Daten durch die zuständige Bewilligungsstelle und ggf. weitere am Bewilligungs- und Prüfverfahren beteiligte Stellen und Behörden verarbeitet werden dürfen.

Ihre personenbezogenen Daten werden aufgrund gesetzlicher Vorgaben der §§ 70 – 80 der Landeshaushaltsordnung sowie der hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften (Aufbewahrungsfristen) für sechs Jahre nach Ablauf des Jahres der Erhebung gespeichert. Die fristgerechte Löschung der Daten ist sichergestellt.

Mit Unterzeichnung akzeptiere ich die geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der für den Träger vertretungsberechtigten Person(en) zur Datenschutzerklärung	
Ort, Datum _____	(Stempel)
Unterschrift(en) _____	_____